

Standpunkte

zur Herbstsession 2019 der Eidgenössischen Räte

19.026 (NR) Volksinitiative. Für eine massvolle Zuwanderung («Begrenzungsinitiative»)

NEIN zur Volksinitiative. Diese verlangt explizit die Kündigung des Personenfreizügigkeitsabkommens FZA mit der EU, falls eine einvernehmliche Ausserkraftsetzung innerhalb von 12 Monaten nicht gelingen sollte. Für die forschungsintensive, exportorientierte chemisch-pharmazeutische Industrie sind die bestehenden bilateralen Abkommen ein wichtiger Standortfaktor ohne Aussicht auf eine gleichwertige Alternative.

19.3746 (SR) Mo. Die Schweizerische Eidgenossenschaft schützt die Freiheit und die Rechte des Volkes, wahrt die Unabhängigkeit und die Sicherheit des Landes: Rückweisung des institutionellen Rahmenabkommens an die EU

NEIN zur Motion. Die Weiterführung des bilateralen Weges mit der EU, unserem wichtigsten Handelspartner, ist für die Schweizer Unternehmen von eminenter Wichtigkeit. Eine Rückweisung des institutionellen Rahmenabkommens Insta an die EU gefährdet den bisherigen, erfolgreichen bilateralen Weg durch eine potenzielle Erosion der bestehenden Abkommen und durch die damit einhergehende steigende Rechtsunsicherheit. Aus Sicht von scienceindustries ist es zentral, dass die vertragliche Basis dieser engen Wirtschaftsbeziehungen gesichert und weiterentwickelt werden soll. Bestehende Unsicherheiten im InstA sind zeitnah zu klären und einer Lösung zuzuführen.

16.077 (SR) OR. Aktienrecht. Entwurf 2

NEIN zum indirekten Gegenentwurf zur Unternehmens-Verantwortungs-Initiative (UVI). Wir begrüssen den Nichteintretensentscheid des SR in der ersten Eintretensdebatte und empfehlen, erneut daran festzuhalten, da der Gegenentwurf des NR wesentliche Anliegen der Wirtschaft nicht aufnimmt. Es ist inzwischen unwahrscheinlich, dass ein für die Wirtschaft tragbarer Gegenentwurf derartige Verbesserungen hervorbringen würde, die zu einem Rückzug der UVI durch das Initiativkomitee führen wird.

17.059 (NR) Datenschutzgesetz. Totalrevision und Änderung weiterer Erlasse zum Datenschutz

scienceindustries spricht sich für einen zeitnahen Abschluss der Revision des DSG aus und unterstützt dabei die seitens economiesuisse eingereichten Anträge der Wirtschaft. Um keine unnötigen operationellen Schwierigkeiten für Unternehmen aufgrund unterschiedlicher Datenschutzniveaus zu erhalten, ist eine Angleichung an die Bestimmungen der europäischen Datenschutzgrundverordnung grundsätzlich zu begrüssen, wobei die Aufrechterhaltung der Äquivalenz als Massstab genügt. Es soll nicht darüber hinaus gegangen werden und ein für die Unternehmen administrativ tragbares Gesetz verabschiedet werden.

19.036 (NR) Wirtschaftspartnerschaftsabkommen zwischen den EFTA-Staaten und Indonesien. Genehmigung

JA zum Abkommen der EFTA-Staaten mit Indonesien, da es den exportorientierten Firmen unserer Industrien den Marktzugang erleichtert und darüber hinaus Rechtssicherheit schafft. Mit den Bestimmungen im Bereich des geistigen Eigentums zeigt sich scienceindustries einverstanden, fordert den Bundesrat aber gleichzeitig auf, die Entwicklung des Patentschutzes in Indonesien auch nach der Ratifikation des Abkommens eng weiterzuverfolgen und auf eine entsprechende Überarbeitung des indonesischen Patentgesetzes zu drängen.

19.037 (NR) Volksinitiative und indirekter Gegenvorschlag. Stop der Hochpreisinsel – für faire Preise

NEIN zur Volkisinitiative und zum indirekten Gegenvorschlag. Die heutige Rechtspraxis reicht aus, um gegen Unternehmen vorzugehen, die eine marktbeherrschende Stellung einnehmen. Das Kartellrecht muss weiterhin den Schutz des wirksamen Wettbewerbs bezwecken und nicht die Beeinflussung der Preisgestaltung von Unternehmen oder die Anordnung von Liefer- und Kontrahierungspflichten. Der erklärte Zweck der geforderten Revision – die Senkung des Schweizer Preisniveaus – kann mit den vorgeschlagenen Mitteln vorhersehbar nicht erreicht werden. Vielmehr werden lediglich unrealistische Erwartungen geweckt.

14.449 (SR) Pa.IV. Überhöhte Importpreise. Aufhebung des Beschaffungszwangs im Inland. Fristverlängerung

NEIN zur Fristverlängerung der Pa.IV., diese soll abgeschrieben werden. Die Forderungen des Vorstosses werden in der VI und dem indirekten Gegenvorschlag 19.037 «Stop der Hochpreisinsel – für faire Preise» weiterbehandelt.

16.3169 (SR) Mo. Vergütungspflicht der Krankenkassen für im Ausland eingekaufte medizinische Mittel und Gegenstände

NEIN zur Motion. Eine Aufweichung des im Gesundheitswesen verankerten Territorialitätsprinzips ist abzulehnen, würden doch dadurch die Rolle der Swissmedic sowie die Bemühungen zur Verhinderung des Eintritts gefälschter Produkte ins Schweizer Gesundheitssystem untergraben. Generell sollte sich ein aus Zwangsabgaben finanziertes Sozialsystem zum Ziel setzen, ausschliesslich inländische Leistungserbringer zu finanzieren und Abweichungen davon lediglich im Rahmen der grenznahen Kooperationen zuzulassen.

19.3703 (SR) Mo. Medikamentenkosten - es braucht Anpassungen beim Zulassungs- und Preisbildungssystem im Bereich der Grundversicherung

NEIN zur Motion. Es muss eine echte Gesamtbetrachtung der Kostenfolgen im Gesundheitssystem gemacht werden, in welcher die Kosten von Arzneimittel auch

deren Nutzen gegenübergestellt werden. Die Motion richtet den Fokus indes nur auf ein zusätzliches Preiskriterium (Krankheitshäufigkeit, sog. Prävalenz), was keine echte Gesamtbetrachtung ermöglicht.

09.528 (NR) Pa.Iv. 2. Phase. Finanzierung der Gesundheitsleistungen aus einer Hand. Einführung des Monismus

JA zur Pa.Iv. Mit einer verbesserten Finanzierung von ambulant und stationär erbrachten Leistungen bietet sich eine Möglichkeit zur Reduktion von divergierenden Systemanreizen, zur Effizienzsteigerung und zu einer sozialverträglicheren Lastenverteilung der Gesundheitskosten. Den finanzpolitischen Interessen der Kantone ist dabei genügend Rechnung zu tragen.

19.3413 (NR) Mo. FK-NR. Wirkungsmessung im BFI-Bereich

JA zur Wirkungsmessung mit Anpassungen. Da die Aufwendungen im Bereich Bildung richtigerweise wachsen und zielgerichtet eingesetzt werden müssen, ist eine Wirkungskontrolle durchaus angezeigt. Diese jährlich durchzuführen, ist aber nicht zielführend. **Die Motion sollte dahingehend abgeändert werden, dass diese Kontrolle alle vier Jahre vorgelegt wird,** koordiniert mit der jeweils nächsten BFI-Botschaft.

17.071 (SR) Totalrevision des CO₂-Gesetzes nach 2020

JA zum nationalen Verminderungsziel von 50%. Die Industrie hat bei der Reduktion der CO₂-Emissionen bereits einen signifikanten Beitrag geleistet. Die Methodik der Reduktion soll jedoch eine geeignete Flexibilität vorsehen. Unternehmen, die eine Zielvereinbarung eingehen, sollen selbst bestimmen können, ob sie Auslandsreduktionen anrechnen lassen wollen.

Eine Erhöhung der weltweit bereits höchsten CO₂-Abgabe auf Brennstoffe lehnt scienceindustries ab. Die Zielvereinbarungen sollen allen Unternehmen ausserhalb des Emissionshandelssystems offenstehen und daher soll auf eine Untergrenze verzichtet werden. Damit können die Verminderungspotenziale der Wirtschaft ausgeschöpft werden.

17.405 (NR) Pa.Iv. Burkart. Verlängerung der Befristung der Steuererleichterungen für Erdgas, Flüssiggas und biogene Treibstoffe

JA zur Pa.Iv. Die Schweiz soll ihren Klimazielen auch bei einer verspäteten Einführung des überarbeiteten CO₂-Gesetzes ohne Unterbruch nachkommen können. Deshalb will die Kommission zentrale, aber bis Ende 2020 befristete Instrumente des Klimaschutzes, wie das Emissionshandelssystem und die Zielvereinbarungen bis Ende 2021 verlängern.

18.095 (NR) Umweltschutzgesetz. Verbot des Inverkehrbringens von illegal geschlagenem Holz

NEIN zur vom NR beschlossenen Ausweitung der Regelung, welche dem Bundesrat die Kompetenz zuspricht, Anforderungen für das Inverkehrbringen und für die Rückverfolgbarkeit für weitere Rohstoffe und Produkte zu stellen. scienceindustries begrüsst jedoch die gezielte Anpassung des Umweltschutzgesetzes,

welche den Import von Holz aus illegalem Holzschlag verbietet und unnötige Handelshemmnisse gegenüber der EU für Schweizer Unternehmen beseitigt.

17.4094 (NR) Mo. Mazzone. Ausfuhrstopp für in der Schweiz verbotene Pestizide. Was hier als gefährlich gilt, ist es auch im Ausland

NEIN zur Motion. Diese geht vom falschen Verständnis aus, dass nur Produkte, die im verhältnismässig sehr kleinen Heimmarkt Schweiz zugelassen sind, exportiert werden sollen. Es liegt aus Sicht von scienceindustries in der hoheitlichen Kompetenz des Ziellandes, darüber zu entscheiden, ob Produkte importiert, in Verkehr gebracht und verwendet werden dürfen. Genau das ist Sinn und Zweck des Rotterdamer Übereinkommens und entspricht in diesem Bereich auch dem international üblichen Vorgehen, auch wenn einzelne Länder/Gruppen von Ländern davon abweichende Regelungen beschlossen haben. Es liegt aber im ureigensten Interesse eines Exportlandes wie der Schweiz, dass sich möglichst alle Staaten, auch die Schweiz, an die international vereinbarten Standards halten. Weitere Informationen dazu in unserer Stellungnahme.

19.3734 (SR) Mo. Schmid. Mängel im Chemikalienrecht beseitigen zur Stärkung des Werkplatzes Schweiz

JA zur Motion. Die chemische Industrie ist in der Lage, die Risiken der Verwendung von chemischen Produkten einzuschätzen und Massnahmen zu deren weitestmöglichen Reduktion zu ergreifen. Dabei wird sie von den Behörden eng begleitet und kontrolliert. Mit der Anpassung des Anhangs 1.17 der Chemikalien-Risiko-Reduktions-Verordnung ChemRRV bleibt das Schutzniveau von Mensch und Umwelt im Vergleich mit der EU gleich hoch, verhindert mögliche Handelshemmnisse mit dem wichtigsten Handelspartner und trägt dem Arbeits- und Produktionsstandort Schweiz angemessen Rechnung.

15.438 (SR) Pa.Iv. Berberat. Eine Regelung für transparentes Lobbying im eidgenössischen Parlament

JA zu Transparenz und öffentlichem Register. Demokratie ist die Vertretung und der Wettstreit von Interessen. Positionsabgleiche finden statt, damit tragfähige Entscheide möglich werden. Ein Nichteintreten auf die Vorlage stellt eine Absage an eine öffentliche Regelung des transparenten, professionellen und qualitativen Lobbyings dar.

scienceindustries ist der Schweizer Wirtschaftsverband Chemie Pharma Life Sciences. Seine rund 250 Mitgliedsfirmen erwirtschaften über 98% ihrer Umsätze im Ausland und tragen als grösste Exportindustrie 45% zu den Gesamtexporten und rund 40% an die privaten Forschungsaufwendungen der Schweiz bei.

Ihr Kontakt bei scienceindustries:

Dr. Stephan Mumenthaler, Direktor

Tel. 044 368 17 20

stephan.mumenthaler@scienceindustries.ch

Marcel Sennhauser, Stv. Direktor

Tel. 044 368 17 44

marcel.sennhauser@scienceindustries.ch